

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Süsterhenn, Bauer (Würzburg)
und Genossen**

**betr. erweitertes juristisches Aktionsprogramm des
Europarates**

Der Bundestag wolle beschließen:

Unter Bezugnahme auf die Empfehlung 326 (1962)*), die von der Beratenden Versammlung des Europarates am 20. September 1962 einstimmig angenommen wurde,

wird die Bundesregierung ersucht,
im Ministerkomitee des Europarates darauf hinzuwirken, daß das in der Empfehlung 326 vorgeschlagene Programm für eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit der Mitgliedsregierungen des Europarates auf dem Gebiet des Rechtswesens baldmöglichst geprüft und ein ad-hoc-Komitee gebildet wird, das den Auftrag erhält, allgemeine Grundlinien für das erweiterte juristische Aktionsprogramm auszuarbeiten.

Bonn, den 16. November 1962

**Dr. Süsterhenn
Bauer (Würzburg)
Altmaier
Dr. h. c. Brauer
Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)
Dr. Furler
Gerns
Frau Dr. Hubert
Lenze (Attendorn)
Frau Dr. Maxsein
Frau Dr. Rehling
Frau Renger
Schütz
Seidl (München)
Dr. Zimmer**

**) siehe Anlage umseitig*

Anlage**Empfehlung 326 (1962) betreffend ein erweitertes juristisches Aktionsprogramm des Europarates***(Kurze Inhaltsangabe)*

Die Beratende Versammlung bezieht sich auf eine Mitteilung des Ministerkomitees des Europarates vom 12. Dezember 1960, wonach die Versammlung bei der Ausarbeitung eines umfassenden Programms praktischer Arbeiten mitwirken soll, und auf eine entsprechende Erklärung des österreichischen Justizministers vor der Versammlung vom 17. Mai 1962. Sie ist der Meinung, daß gerade auf dem Gebiet des Rechtswesens eine weitgehende Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten möglich und notwendig ist. Sie schlägt daher vor, ein ad-hoc-Komitee hoher Regierungsbeamter einzusetzen, das nach Absprache mit der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht und dem Institut für Vereinheitlichung des Privatrechts in Rom ein erweitertes juristisches Aktionsprogramm für den Europarat ausarbeiten soll, das sich namentlich auf die Gebiete des Völkerrechts, des internationalen Privatrechts, der Vereinheitlichung des Rechts und der Kriminologie erstrecken soll.